Ä1 Junggrüne Schwerpunkte für die Landtagswahl 2019

Antragsteller*in: Markus Scholz (Mittelsachsen KV)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 48 bis 72:
~~Bildung ist ein zentrales Thema für junge Menschen. Wir verstehen darunter nicht nur die klassische schulische Bildung, sondern auch politische Bildung. Für beide Bereiche wollen wir mehr Geld in die Hand nehmen, wir brauchen eine Bildungsoffensive: bessere Bezahlung Lehrender, bessere Ausstattung von Schulen und Hochschulen, Digitalisierung der Bildungslandschaft, mehr Landesmittel für Wissenschaft und Lehre an den Hochschulen, uvm.~~

~~Der Lehrer*innenmangel ist eines der großen Versäumnisse der sächsischen Staatsregierung. Unsere Aufgabe muss es sein, durch bessere Bezahlung und ein modernes Schulumfeld Sachsen insbesondere für junge Lehrende attraktiv zu machen. Wir wollen Schulen aber auch für die Schüler*innen selbst attraktiv gestalten. Für uns heißt das den Erhalt von wohnortnahen Schulen, eine gute digitale Infrastruktur, außerschulische und moderne Gebäude. Die soziale Spaltung betrifft auch insbesondere Schüler*innen. Nicht alle Familien können es sich leisten, ihren Kindern Nachhilfe zu finanzieren. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche verschiedenster sozialer Herkunft länger gemeinsam lernen. Daher setzen wir uns für die Einrichtung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in Sachsen ein. Dort soll dann auch auf individuelle Förderbedarfe eingegangen werden.~~

~~Mobilität spielt bei jungen Menschen eine wichtige Rolle. Neben den Fahrten zur Schule kommen Fahrten zum Sportverein, zur Nachhilfe, zum Theaterkurs oder einfach zu Freund*innen hinzu. Da solche Aktivitäten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen, unterstützen wir die Einrichtung eines kostenfreien Landesschüler*innentickets. Außerdem fordern wir ebenfalls die Einrichtung von landesweiten Semester- bzw. Auszubildendentickets.~~

Bildung ist ein zentrales Thema für junge Menschen. Die in der Schule vermittelte Bildung sollte immer auch die Bedürfnisse der Gesellschaft widerspiegeln. Unserer Ansicht nach ist dies heute kein klassischer Wissenskanon mehr, sondern eine sehr facettenreiche Ausbildung, die politische Bildung, Medien- und Umweltbildung, aber auch soziale Komponenten in den Fokus nimmt.

Für all diese Bereiche wollen wir Geld in die Hand nehmen - wir brauchen eine Bildungsoffensive, um in den Schulen wieder zeitgemäßes Lernen möglich zu machen!

Der Lehrer*innenmangel ist eines der großen Versäumnisse der sächsischen Staatsregierung, der nicht zuletzt zum Wegfall der meisten Förder- und Inklusionsstunden an sächsischen Schulen führt. Er ist auch der Grund dafür, dass dringend notwendige Debatten über Bildungsgerechtigkeit, Demokratisierung von Schulen, individuelle Förderung von Lernenden und moderne Schulausstattung nicht mehr geführt werden.

Unsere Aufgabe muss es sein, durch ein modernes Schulumfeld Sachsen insbesondere für junge Lehrende attraktiv zu machen. Daher setzen wir uns für die Einrichtung von inklusiven Gemeinschaftsschulen in Sachsen ein, die eine gewinnbringende Ergänzung der sächsischen Bildungslandschaft darstellen, indem Kindern mit verschiedenen Voraussetzungen unterschiedliche Abschlüsse ermöglicht werden und so den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft stärken. Gemeinschaftsschulen ermöglichen außerdem den Erhalt wohnortnaher Schulstandorte, insbesondere in den ländlichen Regionen.

Trotz wohnortnaher Schulstandorte ist ein gutes und funktionierendes ÖPNV-Angebot auch in den ländlichen Regionen unabdingbar. Dazu zählt auch, dass keine weiteren Bahnstrecken mehr stillgelegt

werden. Weiterhin fordern wir, die Wiederinbetriebnahme stillgelegter Trassen zu prüfen. Mobilität spielt gerade bei jungen Menschen nicht nur auf dem Weg zur Schule, sondern auch bei der Fahrt zum Sportverein, zur Nachhilfe, zum Theaterkurs oder einfach zu Freund*innen eine entscheidende Rolle. Da solche Aktivitäten nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen, unterstützen wir die Einrichtung eines kostenfreien Landesschüler*innentickets.

Von Zeile 74 bis 79:
gewährleistet. So mussten in den letzten Jahren Stellen abgebaut und Fächer gestrichen werden. Wir ~~fordern daher, dass die Mittel pro Student*in angehoben werden und sprechen~~setzen uns ~~gegen~~für die ~~Streichung weiterer Fächer aus~~Förderung eines breiten Angebots an allen sächsischen Hochschulstandorten ein. Wir wollen eine Bildungslandschaft mit vielen verschiedenen Angeboten, unter denen alle auswählen können. Daher setzen wir uns für die Abschaffung des Numerus Clausus ein.

Studierende haben an den beiden größten Hochschulstandorten Dresden und Leipzig zunehmend Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Daher setzen wir uns für eine Wohnraumoffensive für Studierende ein, die das vorhandene Angebot vergrößert.

Begründung

Da die vorliegende Version an einigen Stellen unvollständig war, haben Henriette und ich eine Alternative erarbeitet. Um nicht im Text bis zur Unkenntlichkeit rumzustreichen und zu ergänzen, haben wir den gesamten Absatz neu formuliert, teilweise aber auch Sätze übernommen, wie sicher deutlich wird.

Zu den Änderungen:
Politische Bildung muss ein Teilaspekt schulischer Bildung sein. Schule muss in unseren Augen aber noch viel mehr leisten, damit Kinder sich zu selbstbestimmten Erwachsenen entwickeln können. Da wir diese Vielfalt darstellen wollen, werden weitere Schwerpunktthemen wie Medien- und Umweltbildung, aber auch soziale Kompetenzen erwähnt.
Durch die Verbeamtung von Lehrer*innen ist eine bessere Bezahlung gewährleistet. Dies kommt natürlich nicht allen Menschen zu Gute und kann deshalb mit Recht kritisiert werden – eine pauschale Forderung nach mehr Lohn ist aber an dieser Stelle nicht gerechtfertigt. Verbeamtete Lehrer*innen, die in ländlichen Regionen unterrichten, bekommen zusätzlich bald einen Bonus von 1000€ und werden damit auch im deutschlandweiten Vergleich sehr gut bezahlt. Auch eine Forderung nach der „Digitalisierung der Bildungslandschaft“ erschein uns nicht sinnvoll, da das eher nach „Tablets und Laptops“ in die Schulen klingt als nach einer wirklichen Veränderung der Art des Unterrichtens. Eine derartige Digitalisierung bringt aber nichts, wenn die Lehrer*innen keine Kompetenzen haben, auch mit diesen Werkzeugen umzugehen. Ein Ersatz der grünen Tafel durch ein Smartboard bringt nichts, wenn sich am eigentlichen Unterrichtsstil nichts ändert.
Förderunterricht und Inklusionsstunden finden an sächsischen Schulen nicht deshalb nicht statt, weil es keine Gemeinschaftsschulen gibt, sondern weil nicht genügend Lehrer*innen da sind, um diese zusätzlichen Stunden, die im Normalbetrieb von Schule eingeplant sind, durchzuführen. Aus diesem Grund haben wir die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule in einen anderen Zusammenhang gestellt, der als Argument genauso stichhaltig ist.
Da gerade wir als Grüne Jugend eine Vision von einer besseren Zukunft haben, wollten wir nicht unerwähnt lassen, dass es an diesem Schulsystem auch ohne Lehrer*innenmangel viele Verbesserungsmöglichkeiten gäbe. (Bildungsgerechtigkeit etc.).
Ein Landesschüler*innenticket können wir fordern, die Verantwortung dafür liegt auf

kommunaler Ebene (kommunale Schüler*innenbeförderungssatzungen) und damit auf politischer Seite. Semestertickets fallen nach §24 Abs. 6 SächsHsFG unter die Aufgabe der Studierendenschaften. Der Freistaat ist dafür nicht zuständig.
Da die Universitäten z.T. im Rahmen des Hochschulpakts eine Absenkung der Studierendenzahlen vereinbart haben (z.B. an der TU Dresden von 35.000 auf 30.000 Studierende), würde die Forderung nach mehr Geld pro Studierender*m nicht automatisch zu mehr verfügbarem Geld führen. Hinzu kommt, dass der Freistaat nicht steuern kann, wie viel Geld in welchen Fachbereich an der Universität fließt.
Der Wohnungsmarkt ist auch für Studierende in zunehmendem Maße angespannt, dem sollten wir durch die Erwähnung Rechnung tragen.

Unterstützer*innen

Henriette Mehn (Dresden KV)